

6. Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten (1933–1945)

Der wesentliche Inhalt der deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1890 bis 1945 war der strategische und wirtschaftliche Widerstreit zwischen dem zweifachen Versuch des Deutschen Reiches nach Bismarck, seine halbhegemoniale Stellung in der Mitte Europas zu sprengen und Weltmacht unter Weltmächten zu werden, und der zweifachen Antwort der USA, dies zu verhindern und Deutschland in der Position eines demokratischen Mittelstaates in Europa zu halten. Der geistige, moralische und politische Widerstreit zwischen Demokratie und Nationalsozialismus war ein integraler Bestandteil dieses Konfliktes. Der Aufstieg Amerikas zur welthegeemonialen Macht des Jahres 1945 und die Begründung einer Pax Americana in der unmittelbaren Nachkriegszeit waren eine Folge der doppelten deutschen Herausforderung.

Wechsel und Diskontinuität sind das besondere äußere Merkmal der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den USA. Das gilt für die Zeit von 1890–1945 im Allgemeinen, für die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft im Besonderen. Höhe- und Umschlagpunkt dieses Kampfes waren die Jahre 1939–1941, als das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das imperiale Japan »Neue Ordnungen« auf dem eurasischen Doppelkontinent zu errichten drohten, die die weltweiten Interessen der USA und das *eine amerikanische Modell* für die ganze Welt zu zerstören drohten, den »novus ordo seclorum«, wie auf jeder Dollarnote zu lesen ist. Spätestens seit Herbst 1940 sah Hitler in dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt den eigentlichen Feind und weltpolitischen Gegner seines Versuches, Europa unter die nationalsozialistische Rasseherrschaft zu zwingen. Genauso sah Roosevelt sich selbst, und so hat damals die westliche Welt Roosevelt gesehen. In den Jahren 1940/41, als die Zukunft der westlichen, d. h. der christlich-jüdischen, liberalen und kapitalistischen Zivilisation auf dem Spiel stand, war Roosevelt die letzte Hoffnung der Demokratien und die eigentliche Alternative zu Hitler; nicht der sowjetische Diktator Stalin, auch nicht der konservative Tory und Empire-Politiker Churchill.

Im Mittelpunkt der folgenden zusammenfassenden und problemzentrierten Überlegungen soll der »Faktor« Deutschland im außenpolitischen Kalkül der USA von 1933 bis 1945 stehen. Sie werden versuchen, auf zwei Fragen eine Antwort zu geben. Erstens: Warum hatten der amerikanische Präsident Roosevelt und die sogenannten Interventionisten eine widerstreitende, im bündnispolitischen Isolationismus befangene Nation schon vor dem Überfall auf Pearl Harbor und vor der deutschen Kriegserklärung an die USA vom 11. Dezember 1941 an einen Punkt geführt, an dem nicht mehr fraglich war, *ob*, sondern nur *wann* und *wie* die USA in den Zweiten

Erstveröffentlichung: Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten, in: Wolfgang Michalka (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Piper. München/Zürich 1989, S. 57–73.

Weltkrieg eintreten würden? Oder anders formuliert: Was waren die Ursachen für den amerikanischen Kriegseintritt gegen Deutschland? Zweitens: Was sollte aus der Sicht der USA nach der absehbaren Niederlage des Nationalsozialismus mit dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk in der Mitte Europas geschehen? Oder anders formuliert: Wie sah die amerikanische Deutschlandplanung im Kriege aus?

I.

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, entbehrten die deutsch-amerikanischen Beziehungen fast jeder Substanz. Deutschland und Amerika waren »Oceans apart«. Deutschland spielte in der tatsächlichen Außenpolitik der USA des Jahres 1933 nur eine marginale Rolle. Dieser Substanzverlust war in zwei Etappen erfolgt. Im strategisch-bündnispolitischen Sinne hatte der Rückzug der USA aus Europa mit den beiden Weigerungen des amerikanischen Senats im Jahre 1920 begonnen, einerseits die Völkerbundsatzung und dadurch den Versailler Vertrag in der von Präsident Wilson 1919 in Paris ausgehandelten Form zu ratifizieren, und andererseits einem amerikanisch-französischen Bündnisvertrag die Zustimmung zu geben, die die französischen Politiker Wilson gegen den Verzicht auf das linke Rheinufer abgerungen hatten. Gemäß dem Wahlslogan von Präsident Harding »Zurück zur Normalität« kehrte der Senat zur Normalität amerikanischer Außenpolitik seit dem Ende des ersten und einzigen Bündnisses mit Frankreich im Jahre 1798 zurück, sich nicht durch Bündnisse die freie Hand nehmen zu lassen und in die Händel des alten, aus amerikanischer Sicht ohnehin korrupten Europa zu verstricken (»no entangling alliances«). Dieses Anathema amerikanischer Außenpolitik galt für 150 Jahre, von 1798 bis zur Gründung der NATO im Jahre 1949.

Deshalb gab allein der außerordentliche wirtschaftliche Einfluss der USA in Europa und Deutschland den deutsch-amerikanischen Beziehungen in den zwanziger Jahren Rückhalt und Substanz (Dawes-Plan, Young-Plan, US-Investitionen in Deutschland etc.). Bündnispolitische Beziehungen gab es nicht, die zeitweilige Gemeinsamkeit in der Abrüstungsrhetorik blieb verbal, weil sich dahinter tiefgreifende nationale Interessengegensätze und unterschiedliche geographische Ausgangslagen verbargen. Die Große Depression von 1929–1933, die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Beginn der industriellen Revolution, zehrte auch die verbliebene wirtschaftliche Grundlage der deutsch-amerikanischen Beziehung auf. Die Krise zerstörte mit dem offenen Weltmarkt auch die sachliche Grundlage der Zusammenarbeit. Der Rückzug amerikanischen Kapitals, der Zusammenbruch des Weltwährungssystems im Sommer 1931, das Schrumpfen des Welthandels, der krisenverschärfende, aus innenpolitischen Zwängen den Regierungen aller Staaten aufgenötigte Protektionismus, schließlich das tatsächliche Ende des Problems der deutschen Reparationen und der Kriegsschulden der Alliierten an die USA vernichteten die Parallele der wirtschaftlichen Interessen.

Objektiv und in Hitlers Augen führte die Weltwirtschaftskrise zum Einflussverlust der USA. Hitler hielt deshalb Amerikas Wohlwollen zwar für nützlich, aber für vergleichsweise belanglos. Kurz- und mittelfristig konnte er davon ausgehen, seine

außenpolitischen Ziele in Europa ohne Rücksicht auf die USA zu verfolgen. Deshalb hat er in seiner tatsächlichen Außenpolitik die USA bis zum Münchner Abkommen von 1938 ganz, bis zum Überfall auf Polen weitgehend ignoriert. Roosevelt seinerseits besaß, als er am 4. März 1933 sein Amt antrat, nicht einmal mehr die wirtschaftlichen Mittel, um die NS-Außenpolitik zu beeinflussen – wenn er es überhaupt gewollt und angesichts des dominanten isolationistischen Zeitgeistes in den USA gekonnt hätte. Beide Politiker setzten 1933 Prioritäten, ohne auf das jeweils andere Land Rücksicht zu nehmen, mit der Konsequenz, dass sich im Jahre 1933 hinter der offiziellen Fassade diplomatischer Normalität das Beziehungsgeflecht weiter auflöste. Für Roosevelt hatte die innenpolitische Reformstrategie zur Überwindung der schweren Wirtschaftskrise in den USA, der »New Deal«, absoluten Vorrang. Am 3. Juli 1933 ließ Roosevelt durch seine »bomb-shell-message« die Londoner Weltwirtschaftskonferenz auffliegen. Der Präsident machte damit klar, dass die USA zunächst nicht zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten zur Überwindung der Großen Depression bereit waren. Auch Hitler setzte 1933 Prioritäten. Deutschland verließ am 14. Oktober 1933 die Genfer Abrüstungskonferenz und kündigte zugleich Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund an. Während Europa und die USA schockiert waren, versuchte Roosevelt den innenpolitischen Schaden taktisch zu begrenzen. Er tat das durch eine Bekräftigung des Glaubensbekenntnisses der isolationistischen Mehrheit (das er nicht teilte), wonach die »Neue Welt« mit der »Alten Welt« politisch nichts gemein habe. Die europäischen Staaten müssten selbst wissen, ob sie nach Hitlers Entscheidung die Abrüstungsgespräche fortsetzen wollten.

Auf die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur reagierte das amerikanische Volk zunächst innenpolitisch. Schon im ersten halben Jahr der NS-Herrschaft setzte ein dramatischer Verfall des deutschen Ansehens in den USA ein, schon 1933 kam ein Teil der öffentlichen Meinung in den USA zu dem Schluss, dass die neue Diktatur eine Gefahr für den Weltfrieden darstelle und die Wirkungen der nationalsozialistischen Revolution nicht auf Deutschland beschränkt blieben. 1933 formierte sich eine Bewegung für einen Boykott deutscher Waren in Amerika, am 7. März 1934 kam es im Madison Square Garden in New York zu einem »Schauprozess«, als 20 Zeugen gegen Hitler und den Nationalsozialismus aussagten und 20 000 Menschen daraufhin die deutsche Regierung wegen Verbrechens gegen die Zivilisation verurteilten. Zugleich richtete die amerikanische Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit in wachsender Unruhe auf das vermeintliche »Trojanische Pferd« der NSDAP in den USA, den im Juli 1933 mit finanzieller Hilfe der NSDAP und Unterstützung deutscher Konsulate entstandenen »Bund der Freunde des Neuen Deutschland«.

Die Furcht, dass das nationalsozialistische Deutschland den Weltfrieden und möglicherweise die innere Sicherheit der USA gefährde, führte nun nicht zu einer präventiven Interventionspolitik der USA in Europa, sondern im Gegenteil zu einer Verstärkung der isolationistischen Grundstimmung des amerikanischen Volkes, sich angesichts dieser Gefahrensignale noch entschiedener von Europa zu isolieren. Diese Grundstimmung ist die wichtigste Determinante amerikanischer Außenpolitik bis zum Ausbruch des europäischen Krieges im Jahre 1939. Was Hitler, Mussolini und Japan 1940 mit dem Drei-Mächte-Pakt später vergeblich versuchten, nämlich

Amerika aus Europa und Asien herauszuhalten und in die westliche Hemisphäre zurückzuschrecken, das tat der amerikanische Kongress durch Verabschiedung von Neutralitätsgesetzen zunächst selbst.

Die weltpolitische Situation war paradox. Als ab 1935 in Europa und im Fernen Osten einer jener beschleunigten Prozesse einsetzte, der Jacob Burckhardt globales Anschauungsmaterial für seine Betrachtung geschichtlicher Krisen zur Verfügung gestellt hätte, führte der Kongress unter dem Druck der öffentlichen Meinung den nach Versailles begonnenen Prozess der politischen Isolierung von Europa zu seinem logischen und radikalen Ende. Durch die Neutralitätsgesetze von 1935 bis 1937 vervollständigte der Kongress den Index der für die Regierung Roosevelt in Kriegs- und Krisenzeiten verbotenen außenpolitischen Maßnahmen. Das rigorose dritte Neutralitätsgesetz vom 1. Mai 1937 enthielt ein *unparteiisches* Ausfuhrverbot für Waffen, Munition und Kriegsgerät; das Verbot von Anleihen an kriegführende Staaten; das Verbot für amerikanische Bürger, auf Schiffen kriegführender Nationen zu reisen; das Verbot für amerikanische Handelsschiffe, Waren an kriegführende Staaten zu transportieren; das Verbot, amerikanische Handelsschiffe zu bewaffnen, die den nicht verbotenen Handel mit kriegführenden Staaten betrieben. Diese Verbote traten automatisch in Kraft, wenn der Präsident »fand«, dass ein Kriegszustand zwischen Nationen bestand. War diese Feststellung einmal getroffen, beschränkte sich das Ermessen des Präsidenten auf die »Cash-and-Carry-Klausel«. Nach dieser Klausel war es den kriegführenden Staaten gestattet, mit Ausnahme »tödlicher Waffen« alle Waren in den USA zu kaufen, wenn diese vor dem Verlassen amerikanischer Häfen durch Barzahlung in das Eigentum der Ausländer übergegangen waren (Cash) und von ihnen auf eigenen Schiffen abtransportiert wurden (Carry). Da diese Klausel auf zwei Jahre begrenzt war, stand Roosevelt beim Ausbruch des europäischen Krieges im September 1939 dieses Mittel nicht mehr zur Verfügung.

Obwohl Roosevelt und Außenminister Cordell Hull dieses Gesetz nicht gewollt hatten und, wie zu zeigen sein wird, die Grundüberzeugung der Isolationisten nicht teilten, wonach das nationale Interesse der USA auf die westliche Hemisphäre zu begrenzen sei, ließen sie diese Gesetze passieren, um die Gesetzgebungsmehrheit für die innenpolitischen Reformmaßnahmen des New Deal nicht zu gefährden. Diese innenpolitische Rücksichtnahme bedeutete aber auf der anderen Seite eine Verstärkung von Roosevelts außenpolitischer Einflusslosigkeit in Europa und Asien.

Erst wenn man die Roosevelt verbliebenen Mittel mit der amerikanischen Europapolitik von 1917 bis 1929 oder ab 1941 bis zur Gegenwart vergleicht, wird der durch den Kongress und die öffentliche Meinung außerordentlich begrenzte Handlungsspielraum des Präsidenten von 1933 bis 1940 hinreichend deutlich. Er konnte als unbewaffneter Prophet nur Botschaften an Hitler und Mussolini verfassen, z. B. während der Sudetenkrise, nach dem deutschen Einmarsch in Prag oder nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes. Der handelspolitische Nadelstich, Deutschland beim Abschluss außenhandelspolitischer Verträge mit Drittstaaten ausdrücklich von der unbedingten Meistbegünstigungsklausel auszunehmen, beeindruckte Hitler offenbar ebenso wenig wie die gegenseitige Rückberufung der Botschafter nach der Reichskristallnacht. Angesichts der Neutralitätsgesetze und der isolationistischen

Mehrheitsmeinung – Anfang September 1939 antworteten laut Gallup-Umfrage 84 % der Interviewten auf die Frage, ob die USA ihre Armee und Flotte gegen Deutschland einsetzen sollten, mit »Nein«¹ – konnte die Regierung Roosevelt erst dann hoffen, eine aktive Europa- und Asienpolitik betreiben zu können, wenn sie die Mehrheit der Amerikaner davon überzeugt hatten, dass die vitalen Interessen der USA durch die Achsenmächte und Japan gefährdet seien. Genau das war seit 1937 die zentrale Aussage des Präsidenten im innenpolitischen Kampf mit den Isolationisten, der erst durch Pearl Harbor beendet wurde.

Der Kern dieses innenpolitischen Konfliktes war nun nicht das moralische und demokratische Problem, ob Roosevelt das amerikanische Volk in der Frage von Krieg und Frieden taktisch behandelte, ihm Teile der Wahrheit verschwieg oder es gar belog (alles das tat er), auch nicht das Problem, ob die Isolationisten Roosevelts Motive verzeichneten und ihn zum Kriegstreiber mit Diktator-Neigungen abstempelten (alles das taten sie), sondern der nicht überbrückbare Gegensatz zwischen beiden Lagern über die aktuelle und zukünftige Stellung der USA in der Welt. Zwischen 1937 und 1941 wurde die vierte große innenpolitische Debatte über die außenpolitische Frage geführt, ob die USA eine Weltmacht im wörtlichen Sinne sein oder sich mit der Rolle einer regionalen Großmacht in der westlichen Hemisphäre bescheiden sollten – die vierte Debatte nach 1898, 1914–1917 und 1920. In dieser Debatte nahm die Einschätzung der nationalsozialistischen, weniger der japanischen Gefahr für die USA einen zentralen Platz ein. *Der Konflikt drehte sich um das Bedrohungspotential Hitlers und des nationalsozialistischen Deutschlands für die Vereinigten Staaten.* Wer nach den Umständen und Ursachen des amerikanischen Kriegseintritts gegen Deutschland fragt, ist deshalb gut beraten, wenn er die Hauptargumente dieses Konfliktes rekonstruiert. Denn der Grund für den US-Kriegseintritt lag nicht in der Herausforderung durch Deutschland, Italien und Japan als solcher, sondern in der Weise, wie die Internationalisten, mit Roosevelt an ihrer Spitze, diese Herausforderung interpretierten. Deshalb sollen im Folgenden die Positionen beider Lager in idealtypischer Verknappung vorgestellt werden.

Die Isolationisten hatten sich eine sehr effektive Organisation, das »America First Committee« geschaffen, dessen prominentestes Mitglied der Flieger, Atlantiküberquerer und Volksheld Charles Lindbergh wurde. Auf jeden Fall war Lindbergh bis 1941 der populärste innenpolitische Gegner Roosevelts. Die vier Prinzipien des »America First Committee«, die in millionenfacher Auflage verbreitet und über das Radio propagiert wurden, beschränkten das vitale, d. h. notfalls mit Waffengewalt zu verteidigende Interesse der USA auf die westliche Hemisphäre, den östlichen Pazifik und den westlichen Atlantik, im geographischen Sinne auf knapp die Hälfte des Erdballs. Diese vier Prinzipien hatten folgenden Wortlaut:

1 The Gallup Poll. Public Opinion 1935–1957, Vol. I, 1935–1948, New York 1972, S. 180.

1. Die Vereinigten Staaten müssen ein uneinnehmbares Verteidigungssystem für Amerika aufbauen.
2. Keine auswärtige Macht, auch keine Gruppe von auswärtigen Mächten, kann ein aufgerüstetes Amerika erfolgreich angreifen.
3. Die Demokratie in Amerika kann nur bewahrt werden, wenn wir uns aus dem europäischen Krieg heraushalten.
4. Hilfe bis an den Rand des Kriegseintrittes schwächt die nationale Verteidigung bei uns und droht, Amerika in Übersee in den Krieg hineinzuziehen.

Als Konsequenz dieser Prinzipien traten die Isolationisten entschieden dafür ein, dass die USA nicht in den europäischen Krieg eingriffen. Solange die USA selbst nicht angegriffen würden, war nach Ansicht der Isolationisten ein Kriegseintritt der USA nicht zu rechtfertigen – was auch immer in Europa und Asien geschehe. Die Übel, die für die USA daraus erwachsen würden, seien größer als die Konsequenzen eines Sieges der Achsenmächte.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen waren für viele Isolationisten ein schlagendes Beispiel für die völlige Nutzlosigkeit, das Geschehen im alten, moralisch verrotteten und immer wieder von Kriegen erschütterten Europa mitbestimmen zu wollen. Hatte die Entwicklung seit 1919 nicht überzeugend bewiesen, wie richtig die traditionelle »splendid isolation« der USA im 19. Jahrhundert gewesen war? Hatte nicht der Untersuchungsausschuss unter Vorsitz des Senators Gerald P. Nye in den Jahren 1934/35 vor aller Öffentlichkeit demonstriert, dass die amerikanische Nation von den internationalen Bankiers und der Rüstungsindustrie, den »Kaufleuten des Todes«, in den Ersten Weltkrieg hineingezogen worden war? Anstatt noch einmal die Rolle des Weltpolizisten zu spielen, anstatt noch einmal für das Britische Empire die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sollten sich die USA weiter an die kluge Abschiedsbotschaft George Washingtons erinnern, in der er der Nation geraten hatte, sich aus Europas Kriegen herauszuhalten.

Die Sicherheit der USA sei, so die Isolationisten, durch Hitler nicht gefährdet, ein in defensiver Absicht bis an die Zähne bewaffnetes Amerika, eine »Festung Amerika« im Besitz einer Zwei-Ozeane-Flotte, sei für jeden Angreifer uneinnehmbar. Durch die Reden des Präsidenten und durch die Sprecher der Regierung werde eine hysterische Furcht vor einer Invasion der Nazis geschürt. Aussagen wie die des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Frankreich, William C. Bullitt, Hitler werde nach einem Fall Englands in die Unabhängigkeitshalle von Philadelphia einmarschieren, seien nichts als Kriegstreiberei. Auch wirtschaftlich könnten die USA, so argumentierten die Isolationisten, den Verlust der Märkte in Eurasien verkraften. Selbst nach einem Sieg in Europa könne Hitler keineswegs die Handelsbedingungen diktieren. Handel sei nie eine Einbahnstraße. Außerdem bringe eine Steigerung des Binnenhandels um fünf Prozent mehr Dollars ein als ein Anwachsen des Außenhandels um 100 Prozent. Alles in allem: für das Überleben der USA gebe es »no clear and present danger«.

Die Internationalisten dagegen, an ihrer Spitze Roosevelt, reduzierten das nationale Interesse der USA nicht auf die westliche Hemisphäre, sondern bestimmten es im globalen Maßstab, und zwar wirtschaftlich, militärisch und ideell, ohne der isolationistischen Mehrheit bis Pearl Harbor zu sagen, dass ein Kriegseintritt der USA die notwendige Folge dieser Bestimmung des nationalen Interesses sein musste.

Schon seit ungefähr 1934, seit der Verkündung des neuen Außenhandelsgesetzes der USA, hatte sich ein handelspolitischer Gegensatz zwischen den USA und den späteren Aggressorstaaten entwickelt, der durch die militärischen Erfolge dieser Mächte eine qualitativ neue, nämlich den Kriegseintritt der USA mitentscheidende Funktion gewann. Mit jedem militärischen Erfolg rückte eine mögliche ökonomische Zukunft näher, deren Verwirklichung in den Augen Roosevelts und der Internationalisten die Katastrophe für die amerikanische Wirtschaft schlechthin bedeutet hätte. Ihre Grundstruktur sei mit wenigen Sätzen nachgezeichnet: Ein Sieg Hitlers und Italiens in Europa, Japans im Fernen Osten würde beide Regionen in ein System fast autarker Planwirtschaft zwingen. Die USA würden ihre Investitionen verlieren, das Handelsvolumen würde drastisch fallen und Außenhandel, wenn überhaupt, zu den Bedingungen der Achsenmächte stattfinden. Südamerika, der natürliche Lieferant Europas, würde zusehends unter den Einfluss von Hitlers Europa geraten. Durch das Schrumpfen der Import- und Exportindustrie der USA und der damit verbundenen sekundären Effekte auf die gesamte Volkswirtschaft würde das vom New Deal gelöste Arbeitslosenproblem sich radikal zuspitzen und soziale Spannungen erzeugen, die im Rahmen des bestehenden Systems nicht gelöst werden könnten. Mit anderen Worten: Für die Internationalisten war der offene, ungeteilte Weltmarkt eine der Grundbedingungen für das Überleben des amerikanischen Systems. Zum militärischen Aspekt: Zu Beginn der Präsidentschaft Roosevelts umfasste die amerikanische Sicherheitszone die westliche Hemisphäre und den halben Pazifik, insgesamt ein Drittel des Erdballs. Seit der Konferenz von München und der fast gleichzeitigen Verkündung einer »Neuen Ordnung« in Ostasien durch Japan schob Roosevelt die Grenzen der Sicherheit der USA immer weiter hinaus, bis sie spätestens 1941 mit dem Pacht- und Leihprogramm globale Dimensionen im wörtlichen Sinne angenommen hatten. Die Ausdehnung lag in der Überzeugung begründet, dass das letzte Ziel der Achsenmächte, besonders Hitlers, die Eroberung der Welt, einschließlich USA, sei. Im April 1941 teilte die Mehrheit der Amerikaner diese Einschätzung Roosevelts. Laut Umfrage waren sogar 52,9 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, dass nach einem Fall Englands und der Ausschaltung der englischen Flotte Hitler tatsächlich fähig sei, eine Invasion der USA erfolgreich durchzuführen².

Einer der Eckpfeiler in dieser Neuorientierung war eben eine neue Bestimmung der Grenzen der Sicherheit der USA: Eine Beschränkung auf die Verteidigung der westlichen Hemisphäre sei selbstmörderisch; ohne die Kontrolle der Weltmeere glichen diese »highways« – so ein oft gebrauchter Vergleich Roosevelts –, die die Achsenmächte jederzeit zum Angriff auf die USA nutzen könnten. Eine Kontrolle der Meere könne aber nicht von der US-Flotte allein geleistet werden; sie sei nur möglich, wenn Europa und

2 Vgl. Hadley Cantril, Mildred Strunk (Hrsg.), *Public Opinion 1935–1946*, Princeton 1951, S. 977, 982f.

Asien nicht von den Achsenmächten beherrscht würden und ihnen die Schiffbaukapazitäten zweier Kontinente zur Verfügung stünden. Frankreich, England und China, seit Juni 1941 auch die Sowjetunion, müssten unterstützt werden, weil sie stellvertretend die USA mitverteidigten. Auch im militärischen Sinne hätten die USA ein vitales Interesse an der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa und Asien.

Die dritte globale Komponente in der Bestimmung des nationalen Interesses der USA vor Eintritt in den Zweiten Weltkrieg war die ideelle. In fast ermüdender Wiederholung hat Roosevelt immer wieder erklärt: Das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung und die Pflicht der Staaten, sich in der internationalen Politik den Grundsätzen des Völkerrechts zu unterstellen, seien unteilbar. Diese Prinzipien müssten für alle Staaten überall auf der Welt uneingeschränkt gelten. Gewalt und Aggression als Mittel zur Veränderung des Status quo seien illegitim. Die Regierung Roosevelt hatte sich die Stimson-Doktrin aus dem Jahre 1932 uneingeschränkt zu eigen gemacht, nach der die USA gewaltsame territoriale Veränderungen nicht anerkennen würden. Im Selbstverständnis Roosevelts war die heraufziehende Auseinandersetzung mit den Achsenmächten nie nur ein Konflikt zwischen den »Habenden« und den »Habensichten«. Er deutete ihn als einen epochalen Kampf um die zukünftige Gestalt der Welt zwischen Aggressoren und friedlichen Nationen, zwischen liberaler Demokratie und Faschismus, zwischen westlicher, christlich-humanistischer Zivilisation und Barbarei, zwischen Bürgern und Verbrechern, zwischen Gut und Böse.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich in Roosevelts Denken der ideelle und wirtschaftliche Globalismus der Freiheit (»Wilson's liberal globalism«) mit einem durch die Entwicklung der Waffentechnik und die angenommenen Weltherrschaftspläne Hitlers bedingten militärischen Globalismus verband. Deshalb mussten die USA selbst in den Krieg eintreten, um sowohl die »Neuen Ordnungen« in Europa und Asien zu zerstören als auch die eigene Position als zukünftige Weltmacht zu sichern. Die eigentümliche Dialektik amerikanischer Weltmachtspolitik im 20. Jahrhundert, nämlich die globale Definition des eigenen nationalen Interesses in Verbindung mit dem behaupteten Weltherrschaftswillen des Feindes, trat auch von 1939 bis 1941 klar zutage.

II.

Während von 1933 bis 1941 die Dynamik der deutsch-amerikanischen Beziehungen von Hitler und dem nationalsozialistischen Deutschland ausgegangen war, ging seit dem 11. Dezember 1941 die militärische, vor allem die politische Initiative auf die USA über. Mit der sich spätestens 1943 abzeichnenden militärischen Niederlage des Dritten Reiches wurde offenbar, dass das zukünftige Schicksal Deutschlands in erheblichem Maße von der amerikanischen Deutschlandplanung im Kriege abhängen würde. Auf diesen zentralen Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen werden sich die folgenden Ausführungen konzentrieren.

Eine einheitliche, kohärente Deutschlandplanung hat es nicht gegeben. Einig waren sich Roosevelt, das amerikanische Volk und die Alliierten nur in den negativen

Kriegs- und Friedenszielen: bedingungslose Kapitulation, d. h. keinen Verhandlungsfrieden, Vernichtung des Nationalsozialismus und deutschen Militarismus. Das deutsche Volk musste entwaffnet, entnazifiziert und umerzogen, die nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst, die Kriegsverbrecher abgeurteilt und jede Möglichkeit einer nochmaligen deutschen Aggression für alle Zeiten verhindert werden. Doch jenseits dieser Ziele hat die amerikanische Politik bis zum Tode Roosevelts am 12. April 1945 keine einheitliche Deutschlandplanung entwickelt, weil man sich nicht entscheiden konnte, was man langfristig wollte; ob man Deutschland einen harten Frieden der Rache und Unterdrückung, Zerstückelung und Verelendung auferlegen oder dem Land die Chance geben sollte, als entnazifizierter, friedfertiger und wirtschaftlich stabiler Staat in die Gemeinschaft der Völker zurückzukehren. Denn genau über diese Frage gab es einen heftigen, hin und her schwankenden Kampf innerhalb der amerikanischen Regierung. Die Unklarheit in dieser zentralen Frage, verbunden mit Roosevelts Vorsatz, Probleme der Nachkriegsordnung möglichst aufzuschieben, verbunden mit Kämpfen zwischen Zivilisten und Militärs, mit einem Nebeneinander verschiedener Planungskommissionen, mit konfusen Entscheidungsabläufen und mit einem wechsellvollen Ringen von Instanzen und Personen von Einfluss auf Roosevelt, haben verhindert, dass es zu einem Deutschlandkonzept aus einem Guss kam. Paradebeispiel dafür ist der bündnis- und regierungsinterne Machtkampf um den Morgenthau-Plan, den man im Einzelnen fast nur als Satire beschreiben kann.

Man muss allerdings berücksichtigen, dass die entscheidenden Fragen nach der Einheit oder Aufteilung Deutschlands, nach seinen Grenzen, den Reparationen und der Qualität der Besatzungspolitik entschieden oder zumindest vorbedacht werden mussten in einem Klima der ungezügelter Kriegsleidenschaft, des Hasses und der Verachtung gegenüber Deutschland und den Deutschen, das sich noch verstärkte, als mit dem Vormarsch der alliierten Truppen an allen Fronten der Weltöffentlichkeit das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik und des Völkermordes an Juden, Polen, Russen und anderen Völkern bekannt wurde.

Der ambivalenten Planung entsprechen die widersprüchlichen Ergebnisse. Roosevelt hat bis zu seinem Tode an Plänen zur Zerstückelung Deutschlands festgehalten, die auf der Konferenz von Jalta zu einem prinzipiellen Beschluss erhoben worden waren. Während Roosevelt als Vertreter eines harten Friedens in dieser Frage zumindest konsequent blieb, führten die widerstreitenden Deutschlandkonzeptionen dazu, dass zwei andere zentrale Probleme gegenläufig entschieden wurden: Reparationen und amerikanische Besatzungspolitik nach dem Kriege. Während sich Roosevelt in der Reparationsfrage spätestens seit den Vorbereitungen zur Konferenz von Jalta den gemäßigten und wirtschaftlich begründeten Argumenten des Außenministeriums beugte, entsprang die Direktive 1067 des Vereinigten Generalstabs über die Besatzungspolitik nach dem Kriege noch in erheblichem Maße dem Geiste der Rache, nämlich dem Geist des Morgenthau-Plans. Dieser sollte, so der Titel, Deutschland daran hindern, einen dritten Weltkrieg zu beginnen. Angesichts dieses in der neueren Forschung nicht mehr bestrittenen Sachverhaltes sollen im folgenden nicht die bekannten Einzelheiten der Planung über die Besatzungspolitik, die Reparationsfrage, den Alliierten Kontrollrat oder den Morgenthau-Plan erzählt, sondern umgekehrt die

Frage zu beantworten versucht werden, *warum es keine kohärente Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg gegeben hat*. Dafür lassen sich neben mehreren zweitrangigen zwei Hauptgründe angeben: Die erste und wichtigste These lautet, dass für Roosevelt die amerikanische Deutschland-Planung im Zweiten Weltkrieg eine untergeordnete Funktion, eine abhängige Variable der amerikanischen Politik gegenüber Stalin und der Sowjetunion gewesen ist. Um dies zu begründen, müssen die wichtigsten Motive des Präsidenten für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erläutert werden.

Zwei Tage nach dem Überfall auf Pearl Harbor schloss Roosevelt eine seiner berühmten Kaminplaudereien mit den hoffnungsvollen Sätzen: »Wir werden den Krieg gewinnen, und wir werden den Frieden gewinnen.« Für beides glaubte Roosevelt auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen zu sein.

Roosevelt brauchte die Sowjetunion im Kriege, weil er einen *amerikanischen Krieg* führen und gewinnen musste, d.h. mit beispiellosem Materialeinsatz und vergleichsweise geringen Opfern an amerikanischen Menschenleben. Die USA brauchten die sowjetischen Soldaten, um die deutschen und japanischen Landheere niederzuringen. Nur so konnte Roosevelt hoffen, die gewaltige Kriegsanstrengung politisch zu überleben. Es ist nützlich, sich gelegentlich in Erinnerung zu rufen, dass Deutschland ohne Volksdeutsche und Österreicher schätzungsweise 3,76 Millionen Soldaten, Japan 1,2 Millionen, die Sowjetunion 13,6 Millionen und die USA fast 260 000 Soldaten im Zweiten Weltkrieg verloren haben. Für jeden Amerikaner, der im Krieg fiel, starben 15 deutsche und 53 Russen. Schon 1942 wusste Roosevelt, »daß die russischen Armeen mehr Menschen der Achse töten und mehr Kriegsmaterial zerstören als die anderen 25 Vereinten Nationen zusammen«³. Angesichts der globalen Herausforderung und des Zwanges, den Weltkrieg auf amerikanische Weise gewinnen zu müssen, war Roosevelt wie sein Alliiertes Churchill bereit, einen Pakt mit dem Teufel, mit Stalin, einzugehen. Während Churchills berühmter Ausspruch lautete: »If Hitler invaded Hell I would make at least a favourable reference to the Devil in the House of Commons«, pflegte Roosevelt im Zweiten Weltkrieg gelegentlich seine Version eines alten Sprichwortes zu zitieren: »My children, it is permitted you in time of grave danger to walk with the devil until you have crossed the bridge.«⁴ Was bedeutete das? Alle Entscheidungen Roosevelts und auch noch Trumans bis zur Potsdamer Konferenz und Kapitulation Japans durften das Bündnis mit der Sowjetunion nicht gefährden. Wir wissen heute, dass Trumans überragendes Ziel in Potsdam darin lag, eine erneute Versicherung Stalins über den Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan zu erhalten. Die deutsche Frage war dagegen zweitrangig. Stalins notorisches Misstrauen über einen Sonderfrieden des Westens mit den Nazis und seine Befürchtungen, die Realisierung der »Zweiten Front« werde aufgeschoben, um möglichst viele russische Soldaten als Kanonenfutter aufzureiben, mussten so weit wie möglich beseitigt werden.

3 Zit. nach: John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War 1941–1947*, New York, London 1972, S. 5.

4 Zit. nach ders., *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*, New York 1982, S. 3.

Die Verkündung der »bedingungslosen Kapitulation« in Casablanca war auch ein Signal an Stalin, dass der Westen keinen Sonderfriedensvertrag mit den Aggressoren abschließen würde. Roosevelts vielgescholtene Politik des »postponement«, des Aufschiebens vieler Probleme bis nach dem Sieg, sollte auch die Gefahr vermeiden, dass die Allianz durch schwerwiegende Differenzen über Nachkriegsprobleme gesprengt würde. Schließlich hatte Roosevelts Neigung, in seinen deutschlandpolitischen Überlegungen auf das Sicherheitsinteresse der Sowjetunion Rücksicht zu nehmen, die doppelte Funktion, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Kriege und nach dem Kriege zu sichern. Der amerikanische Historiker Robert Dallek hat in der bisher einzigen Monographie über den gesamten Zeitraum der Roosevelt'schen Außenpolitik das Kapitel über die Zeit von 1942 bis 1945 überschrieben: »The Idealist as Realist«⁵. Das trifft den Doppelcharakter der Roosevelt'schen Nachkriegsplanung, der sich auch im Verhalten zur Sowjetunion zeigt.

So wenig genau wie die amerikanischen Friedensvorstellungen zu vielen Einzelheiten der geplanten Nachkriegsordnung auch waren und so lange wie Roosevelt im Interesse einer ungestörten militärischen Zusammenarbeit im Kriege kontroverse Fragen auch hinauszuschieben versuchte, die allgemeinen amerikanischen Vorstellungen über einen zukünftigen Frieden waren der Welt während des ganzen Krieges bekannt. Sie blieben auch während des Krieges unverändert. Diese Prinzipien, diese Ideale waren schon 1941 in der AtlantikCharta verkündet worden. Sieht man genau hin, so fordern diese Prinzipien das, was Roosevelt bei einem Sieg der Achsenmächte und Japan zu verlieren fürchtete: die unteilbare Sicherheit, die unteilbare Freiheit und den unteilbaren Weltmarkt. Die Atlantik-Charta war eine in Grundsätze gegossene Form der globalen Bestimmung des nationalen Interesses der USA. Das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker und der Grundsatz, dass Grenzverschiebungen nur im Einklang mit dem Willen der Betroffenen erfolgen dürfen, sollten die unteilbare Freiheit sichern. Freier Zugang aller Nationen zum Welthandel und den Rohstoffen der Erde, die Freiheit der Meere und die Zusammenarbeit der Nationen mit dem Ziel, verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufstieg und soziale Sicherheit zu gewährleisten, sollten den unteilbaren Weltmarkt ermöglichen. Gewaltverzicht, sichere Grenzen, Entwaffnung der Aggressornationen sowie ein umfassenderes und dauernderes System der allgemeinen Sicherheit sollten die Sicherheit unteilbar machen. Diese Leitbilder für die Zukunft waren alte amerikanische Ideale, die sich in der Substanz nicht von den Ideen Wilsons unterschieden.

Neu war die geschichtliche Erfahrung der Zwischenkriegszeit. Nicht nur Roosevelt und die Internationalisten, sondern auch die überwiegende Mehrheit der sogenannten Isolationisten erkannten nun rückblickend, dass alle Versuche in den dreißiger Jahren, die USA durch rigorose Neutralitätsgesetze aus den Kriegen Europas und Asiens herauszuhalten, gescheitert waren. In Zukunft würden die USA Kriege nur vermeiden können, wenn Amerika einem System kollektiver Sicherheit beiträte, das auch wirklich fähig wäre, zukünftige Kriege zu vermeiden. Amerikas Eintritt

5 Robert Dallek, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945, Part IV, New York, Oxford 1979.

in einen verbesserten und gestärkten Völkerbund schien die einzige Hoffnung für einen zukünftigen Frieden zu sein.

Auf der anderen Seite gab es aber auch den Realisten Roosevelt, der ab Herbst 1943 wusste, dass der Sieg im Zweiten Weltkrieg aus der Sowjetunion eine eurasische Weltmacht machen würde; mit der Folge, dass der Weltfrieden nach dem mörderischsten Krieg der Geschichte von einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abhängen würde. Der Realist Roosevelt wusste, dass der zukünftige Frieden im Kern kein Rechts-, sondern ein Machtfrieden sein musste. Deshalb entwickelte er seine Idee der vier Weltpolizisten, die während des ganzen Krieges das zentrale Konzept in seinem Denken blieb. Danach sollten die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und China nach dem Kriege als internationale Polizeimacht auf unbestimmte Zeit den Frieden sichern. Die auch in der historischen Literatur verbreitete Konfusion über die politische Nachkriegsordnung und Nachkriegsplanung der USA rührt nicht zuletzt daher, dass Roosevelt der amerikanischen Öffentlichkeit sein machtpolitisches Konzept der Friedenssicherung nach dem Kriege verschwieg, sowjetischen Politikern dagegen, Molotow im Mai 1942 und Stalin in Teheran – auch den Briten – , sehr genau erläuterte.

Wenn man will, ist die schließlich 1945 in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen mit ihren beiden zentralen Organen, der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat, in dem die fünf ständigen Vertreter Vetorecht haben, formal ein Kompromiss aus den beiden Konzeptionen eines allgemeinen Völkerbundes (»one nation, one vote«) und der privilegierten Stellung einiger bevorzugter Nationen.

Der Realist Roosevelt hat sich nie Illusionen darüber gemacht, dass sowohl das Konzept der vier Weltpolizisten als auch das des Sicherheitsrates von einer andauernden politischen Übereinstimmung zwischen den vier Weltpolizisten abhängen würde. Weil das so war, musste Roosevelt bis zu einem bestimmten Grade das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion in Ostmitteleuropa anerkennen, um die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Europa, im Fernen Osten, in den Vereinten Nationen, vielleicht sogar beim Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu gewinnen.

Das war aus der Perspektive Roosevelts möglich, weil er Stalin nicht für einen kommunistischen Weltrevolutionär und die Sowjetunion, im Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland und imperialistischen Japan, nicht für einen grundsätzlich expansiven und aggressiven Staat hielt. Man müsse, so Roosevelt immer wieder, Stalin Vertrauen entgegenbringen und ihm geben, was man im Rahmen der Atlantik-Charta noch gerade eben geben könne, um Stalins Misstrauen gegenüber dem Westen abzubauen.

Erst wenn man sich dieses überragende Ziel der Roosevelt'schen Außenpolitik vor Augen hält, wird klar, warum die Deutschlandplanung in einem erheblichen Ausmaß zu einer Funktion der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion wurde. Die faktische Hinnahme der Einverleibung der baltischen Staaten, die Westverschiebung Polens, die Pläne zur Zerstückelung Deutschlands und Roosevelts zeitweilige Zustimmung zum Morgenthau-Plan hatten auch die Funktion, Stalin wissen zu lassen, dass man für das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Verständnis zeige. Nur so konnte auch die amerikanische Osteuropapolitik zum Ziele führen, die darin bestand, *zugleich sowjetfreundliche und aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fordern*. Für Roosevelt waren diese Konzessionen an Stalin auch deshalb vergleichsweise

problemlos zu machen, weil sie mit seiner Grundüberzeugung übereinstimmten, Deutschland einen harten Frieden der Rache und Bestrafung aufzuerlegen. Und damit ist die zweite These genannt, warum es keine kohärente Deutschlandpolitik gegeben hat. Der aufbauende, mildere, wirtschaftlich vernünftige Weg musste sich gegen Roosevelts Grundüberzeugung durchsetzen. Oder anders ausgedrückt: Roosevelts Herz stand hinter den Grundtendenzen des Morgenthau-Plans.

Roosevelt hatte während seines ganzen Lebens von Deutschland und den Deutschen keine besonders gute Meinung gehabt. Schon als Neunjähriger, als er im Jahre 1891 das erste und einzige Mal in seinem Leben in Bad Nauheim für sechs Wochen mit einer Volksschule in Berührung kam, begannen sich bei ihm die ersten antideutschen Ressentiments zu bilden, die sich später bei Fahrradtouren durch Süddeutschland vor dem Ersten Weltkrieg verstärkten. Er hielt die Deutschen schon sehr früh für anmaßend, arrogant, militaristisch und aggressiv. Schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges sah er Deutschland als eine Nation an, die die Sicherheit und Wohlfahrt der USA gefährden könnte. Wenn es im Ersten Weltkrieg nach ihm, dem Assistant Secretary of the Navy in der Regierung Wilson, gegangen wäre, hätten die USA Deutschland schon viel früher als 1917 den Krieg erklärt.

Wilson's Deutung des Kriegseintrittes der USA in den Ersten Weltkrieg als eines Kreuzzuges für die Demokratie liberal-kapitalistischen Musters fand seine volle Billigung, umso mehr, als sein Bild von den Deutschen – den »Hunnen« – wie beim Durchschnittsamerikaner im Laufe der Zeit immer negativer wurde. Als er im Sommer 1918 auf eine Inspektionsreise nach Europa geschickt wurde, wurde er in dieser Auffassung durch Erzählungen König Georgs V. von England und des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau über deutsche Gräueltaten noch bestärkt. Der Aufstieg und der Erfolg Hitlers bestätigten Roosevelt in dieser Auffassung. Für Roosevelt war Hitler keine Ausnahmeerscheinung, der Nationalsozialismus spiegelte für ihn einen Grundzug des aggressiven, preußisch-deutschen Nationalcharakters wider. Gleichzeitig setzte bei Roosevelt eine nachträgliche Umbewertung des Versailler Vertrages ein. Dieser Vertrag war für ihn nun zu schlecht, weil er für Deutschland zu milde ausgefallen war. Dieses Mal müssten die Sicherungen gegen das Wiedererstarken eines preußisch-deutschen Militarismus besser sein. Eine Zersplitterung und Aufteilung Deutschlands hielt er für das einzige Mittel, um eine zukünftige Aggression zu verhindern.

Vor und während der Konferenz von Quebec konnte Roosevelt nicht bewegt werden, seine Unterstützung des Morgenthau-Plans aufzugeben. Er rückte erst davon ab, als der durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangte Plan im Präsidentschaftswahlkampf 1944 eine Rolle zu spielen begann, besonders als das Argument Verbreitung fand, dieser Plan stärke nur den deutschen Widerstand an der Westfront und führe dazu, die amerikanischen Menschenopfer zu erhöhen. Das letztere war in der Tat ein politisch gefährliches Argument; dem Innenpolitiker Roosevelt blieb gegen seine Grundüberzeugung nichts anderes übrig, als sich von diesem Plan zu distanzieren. Innerlich hat er vermutlich bis zu seinem Tode am Konzept eines karthagischen Friedens festgehalten.

Der Geist des Morgenthau-Planes aber fand, wie schon angedeutet, in erheblichem Maße Eingang in die Direktive 1067. Das war das Ergebnis eines langwierigen

Machtkampfes, an dem sich die Vertreter des Außen-, Schatz- und Kriegsministeriums beteiligten. Die vorletzte Fassung wurde von Roosevelt am 20. März 1945, die letzte von Truman am 11. Mai 1945 gebilligt. An diesem Tag schrieb Morgenthau in sein Tagebuch: Dies sei ein großer Tag für das Schatzministerium. »I hope somebody doesn't recognize it as the Morgenthau-Plan.«⁶

Auf der anderen Seite nun, und das war das zutiefst Widersprüchliche dieser Entwicklung, gewann das State Department in der Reparationsfrage während der Planungsphase für die Jalta-Konferenz wieder größeren Einfluss, was auch mit dem Wechsel im Amt des Außenministers von Cordell Hull zu Edward Stettinius Jr. zusammenhing. Auf jeden Fall reflektierten die vorbereitenden Papiere des State Department für diese Konferenz die gemäßigtere, zum großen Teil eben in langfristigen, wirtschaftlichen Kategorien denkende Position. Es sei wichtig, so der Grundtenor, dass Militärbefehlshaber in den geplanten drei Besatzungszonen eine einheitliche Politik verfolgten. Nur so könne sichergestellt werden, dass die hochindustrialisierten westlichen Teile die überaus wichtigen Nahrungsmittel aus der sowjetischen Besatzungszone erhielten. Langfristiges Ziel sei die Assimilierung eines reformierten, friedlichen und wirtschaftlich nicht aggressiven Deutschlands in ein liberales Welthandelssystem. In der Reparationsfrage wiesen die Planer im Außenministerium entschieden darauf hin, die Fehler der Vergangenheit nach dem Ersten Weltkrieg nicht zu wiederholen. Um die Probleme des Geldtransfers wie nach dem Ersten Weltkrieg zu vermeiden, sollten Reparationen nur in Form von Sachlieferungen – Gütern und Dienstleistungen – erfolgen. Die Zeit für wirtschaftlich vernünftige Reparationen sollte möglichst auf fünf Jahre begrenzt sein. Vor allem sollten aber die Amerikaner auf keinen Fall wieder in die Lage gebracht werden, die Reparationen direkt oder indirekt durch Anleihen zu finanzieren. Das ganze sinnlose Schulden-Reparationskarussell der zwanziger Jahre sollte sich nicht wiederholen. Mit den Devisen, die eine auf Friedensproduktion beschränkte deutsche Wirtschaft erwerben könne, müssten zunächst und zuerst die Importe bezahlt werden. Aus dieser amerikanischen Grundposition entwickelte sich dann die Kontroverse mit Stalin und den Sowjets über das Reparationsproblem in Jalta und Potsdam.

Es war also den Amerikanern bis zur deutschen Kapitulation nicht gelungen, Besatzungspolitik und Reparationsfrage nach denselben Grundsätzen zu lösen. In der Frage der Reparationen hatte sich schließlich das Außenministerium, in der Frage der Besatzungspolitik Morgenthau, Teile des Kriegsministeriums und der Vereinigte Generalstab durchsetzen können. Erst in der Zeit von Mai bis Juli 1945, in der Zeit zwischen der deutschen Kapitulation und der Potsdamer Konferenz, entschied sich Truman schrittweise, aber doch erkennbar für die Konzeption des State Department, nämlich dafür, ein geplantes ökonomisches Chaos in Deutschland zu verhindern. Truman konnte von der Unsinnigkeit des Morgenthau-Plans überzeugt werden. Anfang Juli erzwang Truman Morgenthaus Rücktritt. In seinen Memoiren schreibt Truman, er habe den Plan nie gebilligt; er sei ein Akt der Rache gewesen, und schon zu viele Friedensverträge in der Geschichte seien aus diesem Geiste geboren.

6 John Morton Blum, *From the Morgenthau Diaries. Years of War 1941–1945*, Boston 1967, S. 460.